

**Geschäftsstelle**

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 2  
Evaluierung

---

**Beratungsunterlage zur 2. Sitzung**  
Schreiben von Hubertus Zdebel  
zu den Haushaltsberatungen des Bundestags

---

<p><b>Kommission</b> <b>Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe</b> <b>K-Drs. /AG2-1</b></p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------



## **Hubertus Zdebel**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit  
Sprecher für den Atomausstieg der  
Fraktion DIE LINKE.

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Kommission Lagerung hoch radioaktiver  
Abfallstoffe,  
AG 2 Evaluation  
Vorsitzende  
Klaus Brunsmeier  
Hubert Steinkemper

Berlin, 10.11.2014

Bezug:  
Anlagen:

### **Hubertus Zdebel, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

### **Dirk Seifert,**

**Wiss. Mitarbeiter Atomausstieg**

Telefon: +151 40095722

### **Aussetzung weiterer Aufbau des Bundesamts für kerntechnische Entsorgung (Haushaltsberatungen des Bundestags) – Votum der AG2 und des Kommission**

Sehr geehrter Herr Brunsmeier,  
Sehr geehrter Herr Steinkemper,

ich möchte Sie als Vorsitzende der AG 2 auf das folgende Anliegen  
aufmerksam machen und Sie bitten, dieses in die nächste Sitzung der  
AG2 einzubringen.

Die von der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe am 3.  
November durchgeführte Anhörung zur Evaluation des StandAG hat  
vielfältige kritische Aspekte insbesondere zur Einrichtung des  
Bundesamts für kerntechnische Entsorgung und damit verbunden  
Abgrenzungsprobleme zwischen diesem Bundesamt und dem  
Bundesamt für Strahlenschutz dargelegt.

In der weiteren Arbeit der Kommission sind diese Probleme noch zu  
klären und zu vertiefen, bevor konkrete Vorschläge für die vom Gesetz  
beauftragte Evaluierung des StandAG erfolgen können.

Im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2015 ist aktuell  
vorgesehen, weitere Aufbaumaßnahmen und damit Kosten  
(insbesondere durch die Freigabe weiterer Personalstellen) für den  
Aufbau des Bundesamts für kerntechnische Entsorgung frei zu geben  
(Einzelplan 16, z.B. Kapitel 1625).

Meine Fraktion hat dazu bereits einen Antrag mit der Forderung, diese  
Stellen nicht frei zu geben, um den Beratungen der Kommission zur  
Evaluierung nicht vorzugreifen, eingebracht. Wichtig erscheint mir aber,  
dass die Kommission nach der Anhörung zur Evaluierung nun selbst in  
dieser Sache ein Votum im genannten Sinn abgibt.



Dieser Schritt würde den gesetzlichen Auftrag der Kommission unterstützen und indem der Bundestag auf weitere Festlegungen verzichtet, einen vertrauensbildenden Schritt für die weitere Arbeit der Kommission und der gesellschaftlichen Akzeptanz leisten.

Aus diesem Grund sollte sowohl die AG2 als auch die Kommission auf ihrer nächsten Sitzung eine entsprechende Positionierung vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen

*Hubertus Seibel*